

Sendesperrfrist: 08.09.2022, 11:30 Uhr

## Pressemitteilung

8. September 2022

### Bauwirtschaft erwartet Umsatzrückgang in 2022 von real 2 %

„Die Mitgliedsunternehmen der Bundesvereinigung Bauwirtschaft erwarten im Jahresverlauf 2022 insgesamt eine Umsatzentwicklung real, die unterhalb des Vorjahres bei minus einem bis minus zwei Prozent liegt. Stützend wirkt die Nachfrage im Sanierungsbereich, der Neubau verliert an Fahrt. Insgesamt bleiben Bautätigkeit und Umsatz damit noch auf hohem Niveau.“ Mit diesen Worten schätzt der Vorsitzende der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Marcus Nachbauer, die Lage der deutschen Bau- und Ausbauwirtschaft mit ihren rund 370.000 Mitgliedsbetrieben ein.

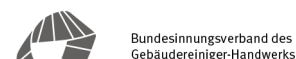
Der Rückgang der Auftragseingänge sowie der Abbau der Auftragsbestände weisen auf eine rückläufige Neubautätigkeit in 2023 hin. Die gegenwärtigen Förderbedingungen sowie die hohe Inflationsrate lassen vermuten, dass der Sanierungsbereich die Umsatzverluste im Neubau nicht ausgleichen kann.

Nachbauer weiter: „Aus heutiger Sicht rechnen wir mit Blick auf die Frühindikatoren in 2023 nicht mit einem real höheren Umsatzniveau als in 2022.“ Einen kleinen Hoffnungsschimmer sieht Nachbauer dennoch: „Sollten sich die Prozesse zur Beschaffung von Material sowie die Preisentwicklung ein Stückweit stabilisieren und die Inflationsrate deutlich nachgeben, ist Aufwärtspotential gegeben. Denn die Investitionsbedarfe im Wohnungsbau und der Infrastruktur bleiben hoch, die angestrebte Klima- und Energiewende hat großes Potential für den Sanierungsbereich. Bauaufgaben gibt es zuhauf.“

Nachbauer weist vor allem darauf hin, dass die Baustoffbeschaffung wie auch die Preisentwicklung nach wie vor die Bau- und Ausbauunternehmen vor große Probleme stelle. „Just in time – wie wir es in der Vor-Corona-Zeit kannten – findet nicht mehr statt.“

Hinzu kommt das historisch hohe Preisniveau der Baumaterialien: „Der Index der Erzeugerpreise für Betonstahl liegt um 23 % über dem bereits hohen Vorjahresniveau. Auch Dämmstoffe haben um über 30 % und mineralische Baustoffe um 10 % bis 20 % zugelegt. Das wirkt sich zwangsläufig auf die Verkaufspreise für Bauleistungen aus. So ist der Preisindex für Bauleistungen für Wohnungsneubauten um 16 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen,“ erläutert Nachbauer die Situation.

Diese Preisentwicklung schlägt sich in der rückläufigen Baunachfrage nieder. Von privaten Häuslebauern über die Wirtschaft bis zu den Kommunen: „Die Investitionsbudgets der Auftraggeber für Maßnahmen im Wohnungsbau, im Gewerbebau und der Infrastruktur reichen schlicht nicht mehr aus,“ so Nachbauer.



Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks



Bundesverband Garten- Landschafts- und Sportplatzbau e.V.



Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz



Bundesverband Metall – Vereinigung Deutscher Metallhandwerke



Bundesverband Gerüstbau



Bundesverband Rollläden + Sonnenschutz



Deutscher Holzfertigbauverband



Tischler Schreiner Deutschland



Zentralverband des Deutschen Baugewerbes



Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks



Zentralverband Raum und Ausstattung



Zentralverband der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerke



Zentralverband Sanitär Heizung Klima



Zentralverband Werbetechnik



Bundesverband des Schornsteinfegerhandwerks

Damit geraten auch die Ziele der Bundesregierung, wie der Bau von 400.000 Wohnungen im Jahr und der Abbau des Investitionsstaus bei der Infrastruktur in Gefahr.

Nachbauer fordert daher dringend ein Moratorium zur Einfrierung / Absenkung der hohen Energie- und Gaspreise. „Nur so kann die galoppierende Preisentwicklung bei Baustoffen und nachfolgend bei den Preisen für Bauleistungen aufgehalten werden. Dies ist mittlerweile auch eine existenzielle Frage, um die wettbewerbsfähige Produktion von Baustoffen in Deutschland abzusichern. Nur mit diesen Kapazitäten werden wir der Anfälligkeit von internationalen Lieferketten dauerhaft begegnen können.“

Darüber hinaus erinnert Nachbauer daran, dass die Rahmenbedingungen für Investitionen klar, langfristig und verlässlich sein müssten, und für die Förderbedingungen gelte darüber hinaus: „Sie müssen auskömmlich sein und tatsächlich Anreize setzen.“

Schlussendlich fordert Nachbau die die öffentliche Hand als Auftraggeber auf, Bauaufträge zu vergeben, um die Baukonjunktur zu stabilisieren. „Das derzeit schon erkennbare zögerliche Verhalten der öffentlichen Auftraggeber ist kontraproduktiv; es führt zudem dazu, dass sich der öffentliche Investitionsrückstau von über 150 Mrd. Euro weiter vergrößert.“